

BLICKPUNKT

DKP

Infopost der Deutschen Kommunistischen Partei Flensburg

Kluft zwischen Arm und Reich in Deutschland so groß wie vor 100 Jahren

Die Einkommensungleichheit ist in Deutschland so groß wie vor gut 100 Jahren. Das ist das Ergebnis des „Weltreports über Ungleichheit“ (World Inequality Report), einer Studie des französischen Ökonomen Thomas Piketty, Autor des Bestsellers „Das Kapital im 21. Jahrhundert“, zusammen mit mehr als hundert Wissenschaftlern aus der ganzen Welt. Der Bericht zeigt, dass die Einkommensungleichheit in den letzten Jahrzehnten in fast allen Weltregionen zugenommen hat, jedoch in unterschiedlicher Geschwindigkeit. Seit 1980 ist die Einkommensungleichheit in Nordamerika, China, Indien und Russland rasant gestiegen. Im Vergleich dazu verlief der Anstieg in Europa moderat. Der Anteil der obersten zehn Prozent am Gesamteinkommen betrug 2016 in Europa 37 Prozent, in China 41 Prozent, in Russland 46 Prozent, in USA/Kanada 47 Prozent, in Subsahara/Afrika 54 Prozent, in Brasilien 55 Prozent und im Nahen Osten 61 Prozent.

Krasse Einkommensungleichheit in Deutschland

Die Schere zwischen Einkommens-Reichen und Menschen mit wenig Einkommen hat sich in Deutschland vor allem in den letzten Jahren weit geöffnet. Charlotte Bartels vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW9), die die deutschen Daten auswertete, erklärt: „Die unteren 50 Prozent der Gesellschaft haben in den letzten Jahren massiv an Anteil am Gesamteinkommen verloren. In den 60er Jahren verfügten sie noch über etwa ein Drittel, heute sind

es noch 17 Prozent“. Die oberen zehn Prozent dagegen steigerten ihren Wert von einem Drittel auf 40 Prozent. Das entspricht den Einkommensverhältnissen von 1913, dem letzten Jahr vor dem Ersten Weltkrieg. Damals, zur Kaiserzeit, waren die Gewerkschaften schwach, es gab keine umfassenden Sozialversicherungssysteme, insbesondere keine Arbeitslosenversicherung und fast keine staatliche Umverteilung: der Spitzensteuersatz betrug fünf Prozent, was sich bei der Sekundärverteilung gravierend auswirkte. Dagegen profitierten die Bezieher von gewinnabhängigen Einkommen von der beschleunigten Industrialisierung und Kriegsvorbereitung in diesen Jahren.

Einkommensverteilung in Deutschland 1961-2013

Nach einer Phase mehr egalitärer Politik in den 60er Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg, drehte sich ab den 70er Jahren und insbesondere ab den Neunzigern die Richtung wieder, nahm die Verteilungsungleichheit wieder rasch zu; insbesondere mit fortschreitender Globalisierung und der neoliberalen Angebotspolitik der Regierungen, verbunden mit der abnehmenden Kampfkraft der Gewerkschaften. Dies zeigte sich in Sozialabbau, wachsenden Niedriglohnsektor, dem Ausbau prekärer Beschäftigung und höheren Arbeitslosenquoten und auf der anderen Seite in Globalisierungs- und Exportprofiteuren, zusätzlich belohnt mit zahlreichen Steuersenkungen und -geschenken für Reiche, Bezieher von Kapitaleinkommen und Konzerne. Die Löhne nach Inflations-

abzug, also die realen Nettolöhne, seien heute niedriger als vor 20 Jahren, hatte DIW-Chef Marcel Fratzscher jüngst kritisiert. Hinzu kommt die unsoziale Wohnungspolitik und der Mangel an bezahlbarem Wohnraum, der sich bei den unteren Einkommensschichten besonders gravierend auswirkt; sie müssen einen immer größeren Anteil ihres Einkommens für Miete ausgeben.

Umgekehrt schaffte die exzessive Privatisierung staatlicher Unternehmen und öffentlichen Eigentums für das Kapital und die Reichen neue Verwertungsbereiche.

Privatisierung verstärkte die Ungleichverteilung von Vermögen und Kapital

„Hauptursache der ökonomischen Ungleichheit ist die ungleiche Verteilung von Kapital“, schreiben Piketty und sein Forscherteam in ihrer Studie. In den USA ist die Vermögensungleichheit besonders stark gewachsen: „Zwischen 1980 und 2014 stieg der Anteil des reichsten Prozents am Gesamtvermögen von 22 Prozent auf 39 Prozent. Diese Zunahme der Ungleichheit ist vor allem auf Vermögenszuwächse der reichsten 0,1 Prozent zurückzuführen“. In Deutschland betrug im Jahr 2015 der Anteil des Top 1 Prozent entsprechend einer Untersuchung des DIW 32 Prozent; die reichsten 0,1 Prozent nannten 16 Prozent des gesamten Vermögens ihr eigen. „Starke Zuwächse bei den Anteilen der Reichen am Gesamtvermögen gab es auch in China und Russland im Zuge des Übergangs vom Sozialismus zum Kapitalismus“. In Russland wie in China hat sich zwischen 1995 und 2015 der Vermögensanteil des reichsten 1 Prozent verdoppelt, in Russland von 22 Prozent auf 43 Prozent, in China von 15 Prozent auf 30 Prozent. >>>

Anteil des reichsten 1 Prozent am weltweiten Privatvermögen von 1913 bis 2015: Abnahme und Zunahme der Ungleichheit beim Privatvermögen

In allen Regionen der Welt hat neben den gestiegenen Spitzeneinkommen auch der Privatisierungsschub der vergangenen drei bis vier Jahrzehnte die Vermögensungleichheit erheblich verschärft. „Wir zeigen, dass seit 1980 in fast allen Ländern – reiche Industrieländer genauso wie Schwellenländer – riesige Mengen an öffentlichem Vermögen in private Hände transferiert wurden“. Die privaten Netto-Vermögen hatten sich in den Industriestaaten auf 400 bis 700 Prozent verdoppelt; zudem hat der Staat nach Abzug der Schulden kaum noch Vermögen. „In den vergangenen Jahrzehnten sind die Länder reicher geworden, aber die Regierungen sind verarmt. Dadurch haben die Regierungen weniger Spielraum zur Regulierung der Wirtschaft, zur Umverteilung der Einkommen und zur Bekämpfung der wachsenden Ungleichheit“. In den USA und Großbritannien war das öffentliche Nettovermögen zuletzt bereits negativ, in Japan, Deutschland

und Frankreich nur noch leicht positiv. In China und Russland sank das öffentliche Vermögen von 60 bis 70 Prozent des Nationalvermögens auf 20 bis 30 Prozent. In China bleibt es seit 2005 konstant bei diesen 30 Prozent. Die Wissenschaftler warnen davor, dass sich der globale Trend der letzten Jahrzehnte fortsetzt und prophezeien für diesen Fall, dass „der Anteil der weltweit reichsten 0,1 Prozent am Weltvermögen im Jahr 2050 genauso hoch sein wird wie der Vermögensanteil der globalen Mittelschicht“; die Superreichen würden dann über 26 Prozent des Weltvermögens verfügen, die globale Mittelschicht mit einem Anteil von 40 Prozent an der Weltbevölkerung über 26 Prozent.

„Es kommt auf die Politik an“

Was aber tun gegen diesen Trend? Die Autoren des Weltreports unterbreiten eine Reihe von Vorschlägen, wie sich die Ungleichheit bremsen lässt, bevor sie noch mehr gesellschaftliche und wirtschaftliche Verwüstungen anrichtet. Das Forscherteam schlägt eine höhere Besteuerung der Einkommen und der Erbschaften von Spitzenverdienern und Reichen vor.

Die US-Regierung hat mit der Trumpschen Steuerreform gerade die Gegenrichtung eingeschlagen und entlastet Konzerne, Reiche und Gutverdiener. Auch von einer neuen Bundesregierung, gleich welcher Farbe ist keine Kehrtwende zu einer verstärkten progressiven Einkommen-Besteuerung und/oder Wiedereinführung einer Vermögensteuer, die diesen Namen verdient und eines stärkeren Zugreifens des Staates bei Multimillionen und Milliarden-Erbschaften zu erwarten. Wichtig ist den Autoren des Reports auch ein globales Finanzregister, in dem die Eigentümer von Vermögenswerten erfasst sind, Steuerflucht und Geldwäsche damit eingedämmt werden kann. Großen Wert legen sie auf einen gleichen Zugang zur Bildung für alle Schichten, mehr betriebliche Mitbestimmung und angemessene Mindestlöhne. Dazu verstärkte Investitionen in Bildung, Gesundheit und Umweltschutz. „Es kommt auf die Politik an“, sagt Thomas Piketty, Mitinitiator dieses ersten globalen Ungleichheit-Reports.

Fred Schmid - **isw** sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V.

Für Frieden, Arbeit, Solidarität - Die DKP stärken

Antrag an den 22. Parteitag der DKP

Die DKP bereitet ihren 22. Parteitag vom 2.–4. März 2018 in Frankfurt am Main mit hohem Anspruch vor. Er soll die Partei befähigen, in die Klassenkämpfe unserer Zeit einzugreifen und ein Signal für die Parteistärkung geben.

Die kommunistische Partei ist unersetzlich im Kampf um eine Wende hin zu einer Politik des Friedens, des demokratischen und sozialen Fortschritts, zur Heranführung an die Revolution, zum Kampf um den Sozialismus. Die DKP ist die kommunistische Partei in diesem Land. Sie sieht es als ihre Aufgabe an, mehr und mehr Menschen für den Kampf um ihre Rechte zu mobilisieren und in diesen gemeinsamen Auseinandersetzungen Klassenbewusstsein zu entwickeln. Sie sieht darin den Weg Kräfteverhältnisse in diesem Land zu ändern und weitergehend die Diskussion um die Notwendigkeit des Sozialismus zu führen.

Diesen Weg wird die DKP nur ans

stoßen können, wenn ihr Einfluss vor allem in der Arbeiterklasse wieder größer wird und die Partei sich stabilisieren und stärken kann. Es bedarf der kollektiven Anstrengung, die DKP zu stärken. Zu diesem Zweck hat der Parteivorstand der DKP neben dem Leit-

Der Antrag orientiert inhaltlich auf den Widerstand gegen die Aufrüstungspläne der Bundesregierung gemäß der NATO- und PESCO (Permanent Structured Cooperation) -Anforderungen, die den sozialen und demokratischen Rechten der Arbeiterklasse entgegen-

stehen. Er orientiert die Partei auf die Verankerung in Betrieben, Gewerkschaften und Kommunen und stellt dazu die politische, ideologische und organisationspolitische Stärkung der Grundorganisationen in den Mittelpunkt. Neben der Stärkung der Wohngebietsgruppen der DKP geht es darum,

wieder organisiert an den Aufbau von Betriebs- und Branchengruppen zu gehen.

Weitere Informationen zum Parteitag und zum Leitantrag unter <http://news.dkp.suhail.uberspace.de>



antrag, der seit dem Sommer in der Partei diskutiert wird, und sich mit der Strategie der Kommunisten befasst, nun den zweiten zentralen Antrag zur organisationspolitischen Stärkung der DKP vorgelegt.

GEGEN DEN RECHTSRUCK IN GESELLSCHAFT UND POLITIK!

Vor kurzem fand die Bundestagswahl statt. Lange vor der Wahl stand bereits fest, dass die rechtspopulistische AfD in das Parlament einziehen wird. Am Ende erlangte sie fast 13 Prozent der Stimmen, in Teilen Deutschlands sogar weit über 20 Prozent.

Auch in Flensburg erhielt eben diese Partei 7,5 % der Stimmen – 3702 Menschen wählten hier die AfD. Eine Partei, deren Wahlprogramm unter anderem folgende Forderungen beinhaltet: Zwangsarbeit unter dem Mindestlohn, die Beeinflussung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, die Leugnung des Klimawandels, die Einschränkung des Datenschutzes, die Errichtung einer Überwachungsbehörde, die Einschränkung der Frauenrechte, die Ablehnung der gleichgeschlechtlichen Ehe sowie deutlich rassistische Forderungen.

Es kann nur eine Selbstverständlichkeit sein, sich gegen diese menschenfeindliche Partei, gegen den Rechtsruck und die nationalistische Formierung in der Gesellschaft zu erheben. Rechtspopulisten dürfen in Flensburg, in Schleswig-Holstein, in Deutschland und weltweit zu keiner Macht gelangen. Nur durch einen Kampf gegen die Faschisten kann der Faschismus verhindert werden. Dies muss unser aller Aufgabe sein.

Gegen staatliche Repression gegen G20-Gegner*innen!

Ein anderer deutlich sichtbarer Ausdruck der autoritären Formierung der Gesellschaft ist die Repression gegen die G20-Gegner. Anfang Juli 2017 schaute die ganze Welt nach Hamburg. Am 07. und 08. Juli fand hier das Treffen der 20 ökonomisch stärksten Nationen statt. Ein großer Auftritt für die Stadt Hamburg war geplant, doch am Ende sind es die Bilder der Demonstranten und der Widerständigen, die um die Welt gehen. Eine Welle aus Protest und Widerstand, die sich gegen die Globalisierung dieser 20 kapitalistischen Staaten richtet.



Staat und Medien betreiben Menschenjagd und rufen zur öffentlichen Denunziation auf.

Direkt nach dem Gipfel, und bis heute, hat sich die Medienlandschaft und die BRD auf einen gemeinsamen Feind eingeschossen. Es trifft die linksalternative Kultur sowie die gesamte Linke. Eine Kriminalisierung findet Tag für Tag statt.

Medien berichten lüstern über Razzien bei Staatsfeinden, bei Menschen, die in der Öffentlichkeit als unpolitische Chaoten dargestellt werden. Was sich hinter den vielfältigen Protesten verbirgt, spielt keine Rolle, und das sollte es auch niemals. Staat und Medien rufen durch breitenwirksame Veröffentlichung von Bildern zur öffentlichen Denunziation von Menschen auf, ähnlich wie zu Zeiten der RAF, unabhängig davon, ob ihnen Straftaten vorgeworfen werden oder nicht. Zehntausende Menschen begaben sich mutig auf die Straßen Hamburgs, forderten eine gerechte Welt, forderten ein System, das sich vom Kapitalismus und den daraus resultierenden Zuständen wie Flucht, Armut, Ausbeutung, Versklavung bis hin zu Kriegen lossagt. Demgegenüber standen über 30 000 Polizisten, die bereits Tage vor dem

Gipfel mit einer Orgie der Gewalt begannen. Gerichtlich zugelassene Camps wurden ohne Erlaubnis geräumt, Versammlungs- und Meinungsfreiheit schien es nicht mehr zu geben. Eine Spirale der Eskalation baute sich auf, die ihren Höhepunkt in einem brutalen Überfall auf die Großdemonstration „Welcome to Hell!“ fand. Hunderte Menschen wurden zum Teil schwerst verletzt, Wasserwerfer schossen auf Menschen auf Dächern, wodurch Todesfälle billigend in Kauf genommen wurden. Das Konzept der Polizei schien darin zu bestehen, Demonstranten kaputt zu schlagen anstatt sie festzunehmen. Sechs Monate nach diesem Spektakel sitzen bis heute Genossinnen und Genossen z. T. ohne konkreten Tatvorwurf in Hamburg hinter Gittern. Es sind Menschen aus ganz Europa, an denen nun ein Exempel statuiert werden soll. Der Staat möchte uns zeigen, dass wir es nicht wagen sollen, uns gegen ihn zu erheben. Gegen eben diesen Zustand gilt es gerade jetzt aufzustehen. Wir erheben uns, unsere Stimmen und heben die Fäuste in die Luft. Der Kampf gegen den Kapitalismus bleibt bestehen – unsere Solidarität bleibt ungebrochen. Angeklagt sind einige, gemeint sind wir alle.

Das Problem heißt Kapitalismus!

Gemeinsam kämpfen wir für eine solidarische Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung, für eine klassenlose Gesellschaft ohne die kapitalistische Verwertungslogik und für die Abschaffung des Staates und seiner strukturellen Gewalt. Daher rufen wir euch alle zu einer Demonstration gegen Faschismus, Rassismus, Kapitalismus und Militarismus auf. Zeigen wir Haltung gegen eben jene Strömungen, die uns überwachen, selektieren und vernichten wollen. Der Kapitalismus bietet keine Lösung, der Kapitalismus ist das Problem.

United We Stand!

**GEMEINSAM
SOLIDARISCH
WIDERSTÄNDIG**

**ANTIFASCHISTISCHE
DEMONSTRATION**

**Samstag, 3. Februar 2018, 13 Uhr
Bahnhofsvorplatz Flensburg**

Wohngeld ist Indikator für steigende Ungerechtigkeit

Die Stadt Flensburg gewährt Wohngeld, wenn ansonsten der angemessene Wohnraum nicht finanziert werden kann. Dabei spielt es keine Rolle, ob Miete bezahlt werden muss oder man im Eigentum wohnt. Wer das alleine nicht mehr schafft, hat Anspruch auf Unterstützung aus dem Rathaus. Und das nehmen immer mehr Flensburger in Anspruch. Die Zahl der Wohngeldbezieherinnen und -bezieher steigt seit Jahren an. 3.263 Männer und Frauen bezogen laut aktuellem Sozialatlas Wohngeld; das sind 279 mehr als im Jahr vorher. Seit der Jahrtausendwende stieg die Zahl der Empfängerinnen und Empfänger an der Förde um 34,4 Prozent. Ein klares Indiz, dass die Einkommen in Flensburg nicht mit den Mieten Schritt halten, denn nur die sind überhaupt zuschussfähig. Nebenkosten wie Strom und Wasser spielen beim Wohngeld keine Rolle; egal wie groß die Belastung ist. Mieter in schlecht isolierten Altbauten mit entsprechend hohen Heizkosten sind also im klaren Nachteil; und das sind in Flensburg vor allem in der Altstadt sehr Viele. Inzwischen beziehen 3,5 Prozent der Flensburger Wohngeld.

Der Weg ins Rathaus fällt Vielen schwer, denn bevor man Wohngeld bekommen kann, muss man nicht nur einen Antrag ausfüllen, sondern sich auch dazu bereit erklären, dass die Einkommensverhältnisse genauestens ausgeleuchtet werden können. Hat die Wohngeldstelle den Eindruck, dass ihr nicht alle Informationen vorliegen, kann sie kostenpflichtige Auskünfte bei Arbeitgeber, der Hausbank oder bei der Arbeitsagentur einholen. Letztere sollte nämlich die Mietkosten vorrangig decken, meint der Gesetzgeber.

Das ist der springende Punkt: die Kommunen können gar nicht so steuern, wie sie wollen. Eigentlich ist es ihr Anliegen, dass ihre Bürgerinnen und Bürger gut wohnen können. Jedenfalls so, dass sie sich nicht jeden Tag darüber Gedanken machen müssen, ob sie sich die Miete überhaupt noch leisten können. Zufriedenheit bezüglich der Wohnsituation gehört schließlich zu den wichtigsten Indikatoren der Bürgerzufriedenheit. Nicht zuletzt die Kommunalpolitik drängt darum nach bezahlbarem Wohnraum. Eine Erhö-

hung der Wohngeldsätze kommt aber sowieso meistens nicht bei den Bürgerinnen und Bürgern an, weil die Vermieter erfahrungsgemäß im Gegenzug ihre Miete erhöhen.

Und noch ein Problem: die Stadt Flensburg ist mit dem Wohngeld nachrangig. Der Gesetzgeber geht davon aus, dass Hartz IV-Empfängerinnen und Empfänger schon ausreichende Unterstützung durch die Arbeitsagentur erhalten. Das tun sie aber nicht; können aber trotzdem kein Wohngeld erhalten.

Der DGB hat die Konstruktionsfehler beim Wohngeld durchgerechnet: Ein Single-Haushalt mit einem Brutto-Einkommen von 1.350 Euro hat gar keinen Anspruch auf Wohngeld mehr, sondern nur auf ergänzende Hartz IV-Leistungen. Mit allen Konsequenzen. Darum fordert der DGB eine einheitliche Berechnungsgrundlage für Wohngeld und Hartz IV. Aber letztlich wäre auch eine solche neue Berechnungsgrundlage nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Wohnen wird immer mehr zu einem unerschwinglichen Luxus.

Mahnwachen am Fliegerhorst Jagel

Am 27. Januar 2018 trafen sich etwa 40 Antimilitaristen zur 23. Mahnwache vor dem Fliegerhorst Jagel.

Sie begann mit einer Gedenkminute für die Opfer von Faschismus und Krieg, da vor 73 Jahren das KZ Auschwitz befreit wurde.

Pastor Ingo Gutzmann hielt die Rede an Stelle des erkrankten Pastor Christoph Touché. Unter Bezug auf Bibelzitate erklärte er, das Gebot der Feindsiebe sei wesentlicher Bestandteil der Humanität. Angehörige und Freunde zu lieben sei nicht schwer. Er stellte dar, dass es immer wieder Versuche gab, die Verpflichtung „Liebet Eure Feinde“ zu relativieren, etwa auf bestimmte Teilgruppen zu beschränken, jedoch nach biblischem Verständnis ist es eine Forderung an uns alle. Und wer seine Feinde liebt, kann nicht Krieg führen und sie töten.

In der anschließenden Gesprächsrunde in der Pizzeria Sole Mio in Jagel wurde deutlich, dass leider nicht alle Kirchenmitglieder so denken, die Kirche nicht klar sagen könne, wer Krieg führt, könne nicht Christ sein. Pastor Gutzmann sprach bedauernd davon,

dass sich Freikirchen, die grundsätzlich jeden Militärdienst ablehnen, als „Friedenskirchen“ sehen, er sehe sein kirchliches Engagement ebenfalls als friedenskirchlich, auch wenn in seiner evangelischen Kirche Soldaten sind, die Krieg führen.

Einigkeit bestand, dass es notwendig ist, mit friedensbewegten Menschen mit religiöser Motivation zusammen zuarbeiten. Geplant sind Veranstaltungen in Kirchengemeinden gegen die Aufrüstung der Bundeswehr mit Drohnen. Dafür bietet sich der Film „National Bird“ an, der den Drohnenkrieg aus der Sicht der Täter und Opfer kritisch beschreibt. Dieser Film wird am 10. Februar 2018 nach der 24. Mahnwache vor dem Fliegerhorst Jagel in der Pizzeria Sole Mio in Jagel gezeigt. Die Mahnwache beginnt wieder um „Drei vor Zwölf“ 11.57 Uhr.

Beschlossen wurde, auch in diesem Jahr den Ostermarsch der Friedensbewegung Karfreitag, 30. März 2018 vom Bahnhof Schleswig zum Fliegerhorst Jagel durchzuführen. Der Auftakt findet um „Drei vor Zwölf“ 11.57 Uhr am Bahnhof Schleswig statt.

In eigener Sache:

Seit nunmehr 18 Jahren ist die Kleinzeitung BLICKPUNKT vierteljährlich erschienen.

Mit der jetzigen Ausgabe stellen wir wegen der Kosten und des großen Aufwands bei nur kleiner Auflage die Zeitung ein.

Die Redaktion

BLICKPUNKT
DKP

Infopost der Deutschen Kommunistischen Partei Flensburg

Herausgeber: DKP Flensburg
Postfach 1401, 24904 Flensburg
dkp.flensburg@versanet.de

Erscheinungsweise: vierteljährlich
Redaktion: Ludwig Hecker (ViSdP)
Druck: Eigendruck

BLICKPUNKT
liegt regelmäßig aus in der

OSSIETZKY-BUCHHANDLUNG
TABLEAU-KULTURCAFÉ
HAFERMARKT | KONTRASTE
KAFFEEHAUS | VIVA
GRISOU | CAFÉ CENTRAL
PORTICUS | FEUERSTEIN
VOLKSBAD